



Redemanuskript vom 30.10.12

Redemanuskript Joachim Paul, MdL zur Landespressekonferenz Forderungen- und Änderungsvorschläge der Piratenfraktion zum Haushalt 2012

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrte Damen und Herren,

Wir präsentieren Ihnen heute unsere Haushalts-Forderungen und Änderungsvorschläge für das Haushaltsjahr 2012. Und ja – wir reden über das Jahr 2012, das haushalterisch im Grunde abgelaufen ist. Schon alleine das ist eigentlich ein Unding. Aber wie Sie wissen, hat die Landesregierung den aktuellen Haushaltsplan viel zu spät eingereicht. In dieser Frage ist ja auch eine Klage beim Landesverfassungsgericht in Münster anhängig. Der Verfassungsgerichtshof verkündet in dieser Stunde sein Urteil und ich gehe davon aus, dass sich die Landesregierung dafür eine fette Rüge einhandeln wird.

Und das ist ja auch kein Einzelfall: Der Haushaltsplan für 2011 wurde Ende Mai desselben Jahres verabschiedet – das kann und darf kein Dauerzustand werden! Wir fordern deshalb die Landesregierung bereits heute auf, in Zukunft ein ordnungsgemäßes Haushaltsberatungsverfahren sicherzustellen, bei dem die Beteiligung des Parlamentes nicht nur proforma erfolgt.

Wir bezeichnen so etwas als Hängepartie. Wir können ein solches Verfahren als Fraktion daher auch nur mit großen Bauchschmerzen begleiten. Mit diesem Verfahren werden die demokratischen Beteiligungs- und Entscheidungsrechte des Parlamentes in einer Weise strapaziert, wie es in ganz Deutschland seinesgleichen suchen dürfte. Das gesamte Parlament wird vor vollendete Tatsachen gestellt, die die Landesregierung im Laufe des Jahres geschaffen hat - und zwar durch die Anwendung der Instrumente der vorläufigen Haushaltsführung; man nennt das ja auch Nothaushaltsrecht.

Die Bürger im Lande, die zahlreichen Initiativen und Institutionen, die Kommunen und alle anderen Zuwendungsempfänger haben ein Recht darauf, dass rechtzeitig, also vor Beginn des jeweiligen Haushaltsjahres, die notwendigen Entscheidungen des Parlamentes über den Haushalt getroffen werden. Die Leidtragenden sind die auf Förderentscheidungen angewiesenen Menschen im Lande. Wichtige Maßnahmen und Investitionsvorhaben werden durch eine solche Vorgehensweise verzögert oder können nicht durchgeführt werden.

Wir als Piratenfraktion können und wollen das in Zukunft nicht durchgehen lassen, denn wir stehen für Transparenz und Teilhabe.

Kommen wir zu unseren Forderungen für den Haushalt 2012. Wir wollen damit erste Signale setzen, auch in Richtung des demnächst vorzulegenden Haushalt 2013. Wir bleiben dabei realistisch. Es sind ja bereits zehn zwölftel des Haushaltes schon ausgegeben.



Dennoch haben wir insgesamt 27 Anträge gestellt, die unsere Schwerpunktvorstellungen darstellen. Diese 27 Anträge enthalten sowohl Kürzungsvorschläge, als auch Ausgaben-erhöhungen. Das finanzielle Gesamtvolumen unserer Forderungen liegt bei 495 Millionen Euro. Dabei fordern wir für eine bessere finanzielle Ausstattung unserer notleidenden Kommunen in NRW rund 370 Millionen Euro und etwa 125 Millionen Euro verteilen sich auf alle anderen Schwerpunkte für Open Government, ÖPNV und Bildung. Selbstverständlich haben wir auch Kürzungsvorschläge vorgesehen in Höhe von etwa 21 Millionen Euro.

Wir haben moderate und umsetzbare Vorschläge entwickelt und hoffen daher, dass die rot-grüne Landesregierung zu ihrem Wort steht, sinnvolle Vorschläge aufzugreifen. Unsere Hand ist ausgestreckt – wir werden den Haushaltsplänen zustimmen, wenn unsere Vorschläge Berücksichtigung finden. Oder lassen Sie es mich so formulieren: Wie wir bei der Haushaltsverabschiedung abstimmen, werden wir davon abhängig machen, ob und wie die Landesregierung unsere 27 Anträge aufnimmt.

Welche 27 Anträge das im Einzelnen sind, können Sie den Ausdrucken entnehmen, die wir Ihnen gerne aushändigen. Aber lassen Sie uns bitte vier Schwerpunkte herausnehmen, die wir Ihnen nun im Detail vorstellen möchten.

Fangen wir bei der Bildung an. Eine unserer Kernaussagen im Wahlkampf war „Keine Bildung ist viel zu teuer“ – und in diesem Sinne wollen wir hier natürlich auch schon im Haushalt 2012 ansetzen.

Die Lehrerstellen in den Schulen im Land NRW sind chronisch unterbesetzt. Das muss dringend geändert werden. Wir fordern daher, dass 400 neue Lehrerstellen geschaffen werden. Das macht 20 Millionen Euro pro Jahr – gut investiertes Geld. Denn nur so können wir den extrem hohen Unterrichtsausfall verringern und spezielle Angebote für unterschiedliche Förderbedarfe sicherstellen.

Außerdem fordern wir Piraten den Einsatz digitaler Lernmedien an unseren Schulen. Die Kosten können gering gehalten werden, wenn diese Lernmedien mit Open Source, also lizenzfreier Software, betrieben werden. Wir kalkulieren daher für die digitalen Lernmedien mit 500.000 Euro – was uns eine Zukunft gerichtete Ausbildung unserer Kinder durchaus wert sein dürfte. Hierzu werden wir morgen entsprechende Änderungsanträge im Haushalts- und Finanzausschuss einbringen.

Neben der Bildungspolitik legen wir ebenfalls Schwerpunkte auf den öffentlichen Personennahverkehr, das Thema Open Government und die Kommunal Finanzen. Diese Schwerpunkte wird Ihnen nun unser finanzpolitischer Sprecher Robert Stein erläutern.



Forderungen und Änderungsvorschläge der Piratenfraktion zum Haushalt 2012

**Dr. Joachim Paul, Fraktionsvorsitzender
und
Robert Stein, Finanzpolitischer Sprecher**

30.10.2012



Die Piraten setzen vier Schwerpunkte:

- Bildung
- ÖPNV
- Open Government
- Kommunen



Bildung

- Einsatz digitaler Lernmedien (mit freien Lizenzen) -> 500.000 €
- Rund 400 neue Lehrerstellen -> ca. 20 Mio. €
- Objektiv nachvollziehbare Kriterien unterstreichen die Notwendigkeit: Zahl der Überstunden und der aufgrund der Belastung nachvollziehbare hohe Krankenstand (Burn-Out etc.), der zu Unterrichtsausfall führt.
- Unterrichtsausfall soll vermieden, Integrationshilfe geleistet und herkunftsprachlicher Unterricht in ausreichendem Maße ermöglicht werden.



ÖPNV

- Erhaltungsinvestitionen, um Sanierungsstau zu verringern: + 64 Mio. €
- Kommunen können hierfür kein Geld aufbringen
- Nicht aus Bundesmitteln durchgeleitete Gelder müssen aus dem Landeshaushalt beglichen werden.
- Forderung nach einem ÖPNV-Gutachten (fahrtscheinloser ÖPNV)



Open Government

- Implementierung einer Arbeitsgruppe mit fünf Mitarbeitern, angesiedelt bei der Ministerpräsidentin
- Transparentere Gestaltung der Politik durch das Netz
- Erleichterter Zugang zu einer barrierefreien Teilhabe an Politik
- Bürgerbeteiligung/Involvement stärken <-> Möglichkeiten schaffen
- mehr Bürgerentscheide
- Mitspracherechte ermöglichen
- Fazit:
Qualität und Quantität von „Offener Staatskunst“ muss erhöht werden



Kommunen

- Erhöhung der Verbundquote um 1 Prozentpunkt
- Kosten etwa bei 370 Mio. €
- Kommunen brauchen das Geld, finanzieren sich sonst zu schlechteren Konditionen selbst oder streichen dringend notwendige Angebote.
- Im Rahmen des Fiskalpakts werden die Schulden von Land und Kommunen in einen Topf geworfen und zusammen bewertet. Das Land hat bessere Finanzierungsmöglichkeiten als die Kommunen.
- Kritik am Stärkungspakt: Begünstigte Kommunen werden angehalten, Grundsteuer B zu erhöhen. Der Bürger zahlt die Zeche. Gefahr einer dritten Miete neben ständig weiter steigenden Strom- und Heizkosten.
- Finanzierungsfrage: Das Land hat quasi keine Steuerhoheitsrechte mehr. Daher muss der Bund, insbesondere im Sinne der Konnexität, tätig werden. Griechische Verhältnisse möchte hier definitiv niemand!



**Es folgt die detaillierte Übersicht über die
27 Forderungen und Änderungsvorschläge zum Haushalt 2012**

Kapitelnr.	Titelnr.	Titelbezeichnung	Zweckbestimmung Haushalt	Entwurf Haushalt 2012	unser Ansatz	Differenz (+ / -)	Prozentuale Änderung
Einzelplan 01							
						0 €	0,00%
						0 €	0,00%
						0 €	0,00%
						117.052.300 €	
Einzelplan 02							
02 XXX	wird neu eingerichtet	Open Government	Implementierung von Open Government Strukturen Die Gruppe sollte mit fünf qualifizierten Mitarbeitern ausgestattet werden. Die Aufgabenschwerpunkte wären: - Zielgruppenanalyse - Hard- und Software Analyse (IT-Infrastruktur) - Planung des barrierefreien Zugangs und Nutzung der Infrastruktur - Öffentlichkeitsarbeit zur Verbreitung der Beteiligungsmöglichkeiten	0 €	200.000 €	200.000 €	0%
						200.000 €	0,17%
						0 €	0,00%
						200.000 €	0,17%
						118.926.700 €	
Einzelplan 03							
03 110	526 01	Sachverständige	Eine Verdopplung der Kosten für DNA-Analysen ist nicht notwendig. In den Haushaltsjahren 2010 und 2011 lag das Budget für DNA-Analysen bei 4.000.000 EUR. Ein Anstieg auf 8.200.000 EUR ist ein nicht nachgewiesener und notwendiger Kostenpunkt. Um den Rückstau der Untersuchungsanträge abzubauen reicht ein Anstieg auf 6.000.000 EUR.	24.950.000 €	22.750.000	-2.200.000 €	-9%
03 110	422 02	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst	Der bisher veranschlagte Anstieg von +5.976.700 muss für weitere 300 Polizeianwärter um +6.000.000 weiter angehoben werden, um die Einstellungszahlen der Polizei von 1.400 auf 1.700 anzuheben. Die Mehrkosten können durch Einsparungen bei anderen Titeln im Einzelplan 03 erreicht werden.	52.315.100 €	58.315.100 €	6.000.000 €	11%
						6.000.000 €	0,12%
						-2.200.000 €	-0,05%
						3.800.000 €	0,08%
						4.861.513.300 €	
Einzelplan 04							
04 410	422 01	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten , Richterinnen und Richter	Aufgrund der hohen Zahl an Überstunden (+500.000 Std.) bedarf es einer Aufstockung der Stellen im Justizvollzugsdienstes. Die Überstunden können mangels ausreichender Stellen nicht abgefeiert werden, wodurch auch die Erkrankungsrate im Justizdienst steigt. Eine Schaffung von mind. 60 Stellen ist ein Schritt in die richtige Richtung.	264.366.700 €	265.966.700 €	1.600.000 €	1%
04 410	422 02	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst	Aufgrund der hohen Zahl an Überstunden (+500.000 Std.) bedarf es einer Aufstockung der Stellen im Justizvollzugsdienstes. Im Vorbereitungsdienst sind daher zusätzliche Stellen zu schaffen.	12.770.300 €	13.270.300 €	500.000 €	4%
						2.100.000 €	0,06%
						0 €	0,00%
						2.100.000 €	0,06%
						3.626.031.000 €	

Kapitelnr.	Titelnr.	Titelbezeichnung	Zweckbestimmung Haushalt	Entwurf Haushalt 2012	unser Ansatz	Differenz (+ / -)	Prozentuale Änderung
Einzelplan 05							
05 020	TG 61	Stiftung für Schule NRW/ Medienberatung NRW	Zur Erweiterung des Angebots der Medienberatung NRW um die Beratung zum Einsatz von freier Software (Open Source, CC-Lizenzen) in Schulen beantragt die Piratenfraktion die Aufstockung der Zuweisungen NRW um 10 000 Euro auf 218 600 Euro.	658.600 €	668.600 €	10.000 €	2%
05 300	422 01	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter	Um individuelle Förderung zu unterstützen, die Belastung der Lehrer durch Vertretungsunterricht sowie Härten durch Ausfall ihrer regulären Lehrer für die Schüler zu mindern, beantragt die Piratenfraktion die Aufstockung der Stellen gegen Unterrichtsausfall, für Vertretungsaufgaben und für besondere Förderaufgaben von derzeit 4000 auf 4200. Die zusätzlichen Stellen sollen als Aufstockung um rund 5% der Stellen gegen Unterrichtsausfall, für Vertretungsaufgaben und für besondere Förderaufgaben auf die Schularten verteilt werden.	409.467.100 €	419.467.100 €	10.000.000 €	2%
05 300	422 01	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter	Zur Verbesserung der individuellen Förderung von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund beantragt die Piratenfraktion die Aufstockung der Lehrerstellen zum Ausgleich von Unterrichtsmehrbedarf für Schüler/Schülerinnen (Integrationshilfen) mit Migrationshintergrund von derzeit 3002 Stellen auf 3152 Stellen.	409.467.100 €	416.967.100 €	7.500.000 €	2%
05 300	422 01	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter	Zur Förderung des sprachlichen Reichtums in Nordrhein-Westfalen beantragt die Piratenfraktion die Aufstockung der Lehrerstellen zum Ausgleich von Unterrichtsmehrbedarf von Schüler/Schülerinnen, insbesondere aus den ehemaligen Anwerberländern (herkunftssprachlicher Unterricht) von derzeit 886 Stellen auf 930 Stellen.	409.467.100 €	411.667.100 €	2.200.000 €	1%
05 300	422 01	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter	Zur Erweiterung des Angebots der Medienberatung NRW um die Beratung zum Einsatz von freier Software (Open Source, CC-Lizenzen) in Schulen beantragt die Piratenfraktion die Aufstockung der Stellen für das Bedarfswild Fortbildung und Qualifikation, Medien und Datenschutz um 2 Lehrerstellen.	409.467.100 €	409.567.100 €	100.000 €	0%
05 300	422 01	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter	Zur Erweiterung des Angebots der Medienberatung NRW um die Beratung zum Einsatz von freier Software (Open Source, CC-Lizenzen) in Schulen beantragt die Piratenfraktion die Aufstockung der Zuweisungen NRW um 10 000 Euro auf 218 600 Euro.	658.600 €	668.600 €	10.000 €	2%
05 300	633 82	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände in der TG Schulentwicklungsfonds	Die Piratenfraktion fordert, die geplante Kürzung der Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände in der Titelgruppe Schulentwicklungsfonds nicht durchzuführen und wieder den Ansatz des Jahres 2011 zu veranschlagen. Aufgrund ihrer angespannten Haushaltslage, sind die Gemeinden und Gemeindeverbände auf die Mittel angewiesen, um ihre Aufgaben in der Schulentwicklung zu erfüllen, z.B. bei der Finanzierung es Einsatzes von Bildungsmedien im Unterricht.	988.300 €	1.288.300 €	300.000 €	30%
			Summe der Erhöhungen in EPI 05			20.120.000 €	0,13%
			Summe der Reduzierungen in EPI 05			0 €	0,00%
			Saldo der Änderungen in Einzelplan 05			20.120.000 €	0,13%
			Summe EPI 05 im Entwurf 2012			14.923.926.700 €	

KapitelNr.	TitelNr.	Titelbezeichnung	Zweckbestimmung Haushalt	Entwurf Haushalt 2012	unser Ansatz	Differenz (+ / -)	Prozentuale Änderung
Einzelplan 06							
06 100	685 30	Zuschüsse an die Hochschulen zur Implementierung von Online-Self-Assessment-Tests	Die Einrichtung von Online-Self-Assessment-Test ist überflüssig, da es bereits in einigen Internetplattformen solche Tests gibt, auch auf NRW bezogen.	1.500.000 €	0 €	-1.500.000 €	-100%
06 027	684 70	Zuschüsse zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben	Die Studentenwerke sollen zur Bewältigung der Bearbeitung der BAföG-Anträge neues Personal einstellen. Dies wird durch die zusätzlichen Mittel gewährleistet.	39.500.000 €	41.000.000 €	1.500.000 €	4%
			Summe der Erhöhungen in EPI 06			1.500.000 €	0,02%
			Summe der Reduzierungen in EPI 06			-1.500.000 €	-0,02%
			Saldo der Änderungen in Einzelplan 06			0 €	0,00%
			Summe EPI 05 im Entwurf 2012			6.645.763.100 €	
Einzelplan 07							
07 070	684 22	Landeszentrale für pol. Bildung Beratung für Opfer rechtsextremistischer und rassistischer Gewalt	In der Hauptausschusssitzung vom 27.9.2012 machte Leiterin der Bundeszentrale für politische Bildung Maria Springenberg-Eich bereits auf die Personalnot in den Beratungsstellen in Dortmund und im Rheinland aufmerksam. (APr 16/49; S. 12 f.) Um alle Beratungsersuche bearbeiten zu können und die für die professionelle Beratung notwendige aufsuchende Arbeit leisten zu können ist eine Erhöhung des Ansatzes dringend notwendig.	300.000 €	400.000 €	100.000 €	33%
07 060	686 60	Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	Förderung der Einrichtung von Stellen (gesamt 53) in den 30 Kreisverwaltungen, der Verwaltung der Städteregion Aachen sowie den 22 kreisfreien Stadtverwaltungen in NRW mit je 40.000 € pro Stelle. Gefördert werden Stellen in den Sportverwaltungen, die explizit der Entwicklung des Breitensports Rechnung tragen. Die Erhöhung um 2.120.000€ ($\approx 1,24$ % der Gesamtsportfördersumme) des Ansatzes ist eine optimale Ergänzung zu den sozialraumorientierten Maßnahmen der Landesregierung und verspricht große Synergien im Bereich Familiensport, Integration sowie Kinder-, Jugend- und Seniorengesundheit (Einrichtung KIZ, „NRW bewegt seine Kinder“, Quartiersmanager im Seniorenbereich).	18.879.400 €	20.999.400 €	2.120.000 €	11%
			Summe der Erhöhungen in EPI 07			2.220.000 €	0,09%
			Summe der Reduzierungen in EPI 07			0 €	0,00%
			Saldo der Änderungen in Einzelplan 07			2.220.000 €	0,09%
			Summe EPI 07 im Entwurf 2012			2.585.281.200 €	

Kapitelnr.	Titelnr.	Titelbezeichnung	Zweckbestimmung Haushalt	Entwurf Haushalt 2012	unser Ansatz	Differenz (+ / -)	Prozentuale Änderung
Einzelplan 09							
09 110	883 66	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	Der Bedarf steigt: Erhaltungsinvestitionen (mittlerweile alte Brücken, Tunnel, Trassen) nehmen zu, die Attraktivität des ÖPNV soll eigentlich steigen, wir haben zu wenig Bundesmittel und die Kommunen haben kein Geld. Dennoch werden Mittel gegenüber 2010 stark gekürzt. Wir fordern zumindest eine Aufstockung auf die Höhe der Verpflichtungsermächtigung des Landtags. Die im Haushalt vorgesehene Summe entspricht allerdings noch nicht einmal den gesetzlich geforderten 150 Mio. EUR. Nicht aus Bundesmitteln durchgeleitete Gelder müssen aus dem Landeshaushalt beglichen werden.	9.760.500 €	47.000.000 €	37.239.500 €	381,53%
09 110	891 66	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	Der Bedarf steigt: Erhaltungsinvestitionen (mittlerweile alte Brücken, Tunnel, Trassen) nehmen zu, die Attraktivität des ÖPNV soll eigentlich steigen, wir haben zu wenig Bundesmittel und die Kommunen haben kein Geld. Dennoch werden Mittel gegenüber 2010 stark gekürzt. Wir fordern zumindest eine Aufstockung auf die Höhe der Verpflichtungsermächtigung des Landtags. Die im Haushalt vorgesehene Summe entspricht allerdings noch nicht einmal den gesetzlich geforderten 150 Mio. EUR. Nicht aus Bundesmitteln durchgeleitete Gelder müssen aus dem Landeshaushalt beglichen werden.	20.000.000 €	47.000.000 €	27.000.000 €	135,00%
09 110	526 10	ÖPNV- Gutachten	Aufstockung der Regionalisierungsmittel durch Landesmittel zur zusätzlichen Finanzierung von ÖPNV- Gutachten, insbesondere zur Erstellung eines unabhängigen Gutachtens zur Gesamtkostenanalyse des öffentlichen Personennahverkehrs in NRW einschließlich kommunaler Finanzierungsanteile, Subventionen und Beteiligungen sämtlicher beteiligter und beitragender Unternehmen und einer daraus abgeleiteten Machbarkeitsstudie für die Realisierung einer vollständigen Finanzierung des Personennahverkehrs zur entgeltfreien Bereitstellung für die Bürger.	500.000 €	850.000 €	350.000 €	70,00%
09 120	682 67	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	Mittelfristig sollte die Gesellschaft Flughafen Essen/Mülheim ihrer Aufwendungen selbst erwirtschaften oder die Aufwendungen entsprechend anpassen, ggf. den Flugbetrieb einstellen. Das Land muss 2012 jedoch zum Verlustausgleich beitragen. Für den Haushalt 2012 können bei der Gesellschaft z.B. durch den Verkauf eines Dienstwagens o.ä. Einsparungen in der entsprechenden Höhe vorgenommen werden.	252.000 €	210.000 €	-42.000 €	-16,67%
09 500	883 10	Stadtumbau West	Aufstockung der Mittel durch Landesmittel auf zumindest das Niveau von 2010, da trotz des formellen Auslaufens bis 2014 weiterhin wichtig.	25.721.000 €	32.550.000 €	6.829.000 €	26,55%
09 500	883 13	Soziale Stadt	Aufstockung der Mittel durch Landesmittel auf zumindest das Niveau von 2010, da trotz des formellen Auslaufens bis 2014 weiterhin wichtig.	16.081.000 €	18.800.000 €	2.719.000 €	16,91%
			Summe der Erhöhungen in EPI 09			74.137.500 €	2,40%
			Summe der Reduzierungen in EPI 09			-42.000 €	0,00%
			Saldo der Änderungen in Einzelplan 09			74.095.500 €	2,40%
			Summe EPI 09 im Entwurf 2012			3.089.746.800 €	

Kapitelnr.	Titelnr.	Titelbezeichnung	Zweckbestimmung Haushalt	Entwurf Haushalt 2012	unser Ansatz	Differenz (+ / -)	Prozentuale Änderung
Einzelplan 10							
10 170	671 12	Erstattung von Verwaltungskosten, die der Landwirtschaftskammer als Versorgungs-mehrbelastung entstehen	Die Begründung „Mehr aufgrund der Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf“ ist nicht nachvollziehbar. Wir fordern daher den Ansatz von 2011.	19.362.000 €	9.362.000 €	-10.000.000 €	-52%
10 060	633 62	Zuweisung an Gemeinden und Gemeindeverbände	Durch das geplante Klimaschutzgesetz entstehen neue Pflichten für die Kommunen mit daraus resultierenden finanziellen Belastungen. Aufgrund des Konnexitätsprinzips ist daher ein Kostenausgleich notwendig, damit alle Kommunen an der Umsetzung des Gesetzes mitwirken können.	0 €	20.000.000 €	20.000.000 €	
			Summe der Erhöhungen in EPI 10			20.000.000 €	0,69%
			Summe der Reduzierungen in EPI 10			-10.000.000 €	-0,35%
			Saldo der Änderungen in Einzelplan 10			10.000.000 €	0,35%
			Summe EPI 11 im Entwurf 2012			2.883.964.500 €	
Einzelplan 11							
					0 €	0 €	
			Summe der Erhöhungen in EPI 11			0 €	0,00%
			Summe der Reduzierungen in EPI 11			0 €	0,00%
			Saldo der Änderungen in Einzelplan 11			0 €	0,00%
			Summe EPI 11 im Entwurf 2012			2.883.964.500 €	
Einzelplan 13							
				0 €	0 €	0 €	
			Summe der Erhöhungen in EPI 13			0 €	0,00%
			Summe der Reduzierungen in EPI 13			0 €	0,00%
			Saldo der Änderungen in Einzelplan 13			0 €	0,00%
			Summe EPI 13 im Entwurf 2012			39.777.000 €	
Einzelplan 14							
14 730	547 72	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	Die hier veranschlagten Mittel sind zur Erfüllung der Aufgaben nach § 6 Mittelstandsförderungsgesetz bestimmt. Demnach soll das Wirtschaftsministerium im Auftrag der Landesregierung eine Clearingstelle bei einer gesetzlichen Selbstverwaltungseinrichtung der Wirtschaft einrichten. Das Mittelstandsförderungsgesetz ist jedoch noch nicht verabschiedet. Laut Aussage des Ministers Duin vom 5.9.2012 im Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk wird die Clearingstelle ihre Arbeit nicht vor 2013 aufnehmen können. Dementsprechend werden für 2012 keine Mittel benötigt.	150.000 €	0 €	-150.000 €	-100%
			Summe der Erhöhungen in EPI 14			0 €	0,00%
			Summe der Reduzierungen in EPI 14			-150.000 €	-0,02%
			Saldo der Änderungen in Einzelplan 14			-150.000 €	-0,02%
			Summe EPI 14 im Entwurf 2012			838.077.500 €	
Einzelplan 15							
				0 €	0 €	0 €	
			Summe der Erhöhungen in EPI 15			0 €	0,00%
			Summe der Reduzierungen in EPI 15			0 €	0,00%
			Saldo der Änderungen in Einzelplan 15			0 €	0,00%
			Summe EPI 15 im Entwurf 2012			936.544.800 €	

Kapitelnr.	Titelnr.	Titelbezeichnung	Zweckbestimmung Haushalt	Entwurf Haushalt 2012	unser Ansatz	Differenz (+ / -)	Prozentuale Änderung
Einzelplan 20							
20 020	697 00	Zuschüsse im Zusammenhang mit der Geordneten Stilllegung des THTR 300 in Hamm-Uentrop	Die früheren Betreiber bzw. Rechtsnachfolger haben die finanzielle Verantwortung für den Rückbau des Reaktors zu tragen. Für die PIRATEN gilt das Wahlprogramm, darin heißt es: „Ausstieg aus der Stromproduktion durch Kernspaltung Die Betreiber übernehmen vollständig alle Entsorgungs-, Stilllegungs- und Rückbaukosten“. Gewinne Privatisieren und Verluste sozialisieren ist nicht im Sinne einer guten Demokratie.	7.000.000 €	0 €	-7.000.000 €	-100%
20 030	xxx	GFG 2012	Die bei Junkernheinrich/Lenk beschriebene enorme strukturelle Finanzierungslücke belastet die Kommunen in NRW. Trotz sprudelnder Steuereinnahmen schaffen es die Kommunen nicht, die Ihnen vom Land und Bund übertragenden Aufgaben kostendeckend auszuführen. Mangelnde Finanzierung gerade im Bereich der Sozialausgaben sind hinreichend bekannt. 2012 kommt das Land NRW laut Schätzungen auf zusätzliche 600 Millionen Euro unerwarteter Steuermehreinnahmen. Dieses Potential kann nun ausnahmsweise rückwirkend für das Kalenderjahr gewinnbringend eingesetzt werden. Obwohl wir den späten Zeitpunkt der Einbringung des Haushalts und des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2012 ausdrücklich bemängeln, bleibt uns aufgrund der genannten Faktenlage die Möglichkeit, hier punktuell die finanzielle Ausstattung der Gemeinden in NRW weiter zu stärken.	8.489.754.000 €	8.858.873.000 €	369.119.000 €	4%
			Summe der Erhöhungen in EPI 20			369.119.000 €	2,42%
			Summe der Reduzierungen in EPI 20			-7.000.000 €	-0,05%
			Saldo der Änderungen in Einzelplan 20			362.119.000 €	2,37%
			Summe EPI 20 im Entwurf 2012			15.251.573.000 €	
			Summe aller unserer Erhöhungen			495.396.500 €	
			Summe aller unserer Reduzierungen			-20.892.000 €	
			Saldo aller unserer Änderungen			474.504.500 €	